

Arbeiter, im Gau Nürnberg 1 Porzellan-
arbeiter mitgewählt werden kann.

Gau Dresden soll ebenfalls für die Wahl eines
Glasarbeiters, der Gau Thüringen für die
Wahl eines Porzellanarbeiters Sorge tragen.

Für jeden Gau ist die Zahlstelle mit dem Gauß als
Vorort mit den sich aus dem Statut § 82 Abs. 7 ergebenden
Rechten und Pflichten bestimmt.

Gemeinsame Bestimmungen für die Wahlen zum Gewerkschaftskongress und Verbandstag.

Zahlstellen, deren Gründung nach dem 1. April 1928
vollzogen wurde, können an den Delegiertenwahlen nicht
teilnehmen. Sie haben aber das Recht, Anträge zu stellen.
Es ist unzulässig, daß Kollegen sich in zwei Wahlkreisen
um ein Delegiertenmandat bewerben. Ein außerhalb des
Wahlkreises wohnender Kollege kann nur dann als Dele-
gierter gewählt werden, wenn in dem Wahlkreis selbst sich
kein Kollege um das Mandat bewirbt.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert,
kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbeteiligung
in mehrere örtliche Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden
derartigen Bezirk ist ein Wahllokal (nach Möglichkeit ein
Nebenzimmer, das nicht dem allgemeinen Wirtschaftsverkehr
dienlich) zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender
Wahlvorstand zu ernennen.

Die Entscheidung darüber, ob ein Ort in mehrere Wahl-
bezirke eingeteilt werden soll, sowie über die Zahl derselben
ist in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung herbei-
zuführen. Dagegen hat die Bestimmung der Wahlbezirke
und Wahllokale selbst sowie die Ernennung der Wahl-
vorstände durch die Ortsverwaltung zu erfolgen.

Die Einteilung in Wahlbezirke nebst den dazu
gehörigen Wahllokalen ist durch die Bevollmächtigten den
Mitgliedern in geeigneter Weise, mindestens jedoch eine
Woche vor Staftfinden der Wahl, bekanntzugeben.

Zur Leitung der Wahl ist eine Wahlkommission
zu wählen und für jedes Wahllokal ein Listenführer zu er-
nennen.

Für die Wahlkreise, zu denen mehrere Zahlstellen ge-
hören, ist ein Vorort bestimmt. Diese Vororte sind fest
gedruckt.

Die Namen der in Vorschlag gebrachten Kandidaten
sind dem Bevollmächtigten des Vororts bis
zum 30. April mitzuteilen.

Von der Wahlkommission des Vororts ist die Liste der
vorgeschlagenen Kandidaten aufzustellen und den Zahlstellen
des Vororts sofort zuzusenden.

Die Bekanntgabe der Kandidaten und Wahl-
lokale kann im „Proletarier“ nicht erfolgen.

Die Wahlen der Delegierten sind Sonntag, den
13. Mai, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags,
vorzunehmen. Mitgliedern, die am Wahlsonntag arbeiten,
ist die Wahl an einem anderen Tage zu ermöglichen.

Die Wahl erfolgt mit Stimmzetteln und auf Listen, das
heißt, die Wähler sind in je eine in den Wahllokalen aus-
liegende Liste einzutragen.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben. Bei Ab-
gabe des Stimmzettels ist das Mitgliedsbuch vorzuzeigen.
Wer länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rück-
stand ist, kann nicht wählen. Auf der Innenseite des
Buchumschlages wird jedem Mitglied durch Stempelabdruck
die Teilnahme an der Wahl bescheinigt.

Jedes Mitglied hat bei dieser Wahl einen Stimmzettel
für die Wahl zum Gewerkschaftskongress und einen Stimm-
zettel für die Wahl zum Verbandstag abzugeben.

Zur Vermeidung von Irrtümern kann eine Urne für die
Verbandstagswahl, eine für die Gewerkschaftskongresswahl
angefertigt werden. Zwei Wahlbüros sind dazu nicht er-
forderlich. Dort, wo doppelte Wahlurnen nicht vorhanden
sind, sollen die Stimmzettel für jede Wahl durch Aufschrift
oder durch ein anderes Merkmal deutlich und zweifellos
erkennen lassen, für welche Wahl sie gelten sollen, damit bei
Bewerbern um beide Mandate keine Verwechslung der
Stimmzettel bei der Auszählung vorkommen kann.

Zahlstellen, die mehrere Delegierte zu einer oder zu beiden
Tagungen zu wählen haben, wählen diese in einem Wahl-
gange. Die Stimmzettel dürfen in jedem Falle nur so viele

Endlich

nach wiederholten Besuchen bei der Hausagitation
ist es mir gelungen, den Kollegen R r a s h b i t z von
der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.
Er hat mich um Entschuldigung gebeten wegen seiner
an meine Adresse gerichteten Grobheiten. Aber das

ist

ja nicht so schlimm, meinte er, ich bin nur froh, daß
du trotzdem nicht locker gelassen hast. Erst jetzt,
nachdem du mir fünf Privatvorträge gehalten hast,
habe ich begriffen, daß du es gut mit mir meinst.
Und glaube mir, sagte er weiter,

es

hat mich gewundert, mit welcher Geduld und Aus-
dauer du diese mühselige Hausagitation betreibst.
Meine Frau hat mir ja auch zugeredet, Verbands-
mitglied zu werden. Du mußt wissen, meine Frau
begreift rascher als ich, sie hat schon oft zu mir
gesagt: Du dummes Schaf, weißt du denn immer
noch nicht, wo du hingehörst? Es ist zu

gelungen

wenn sie mir klar beweist, was bei mir erst dämmert.
Aber verlaß dich drauf, jetzt, nachdem ich begriffen
habe, bleibe ich dein treuer Kollege, so lange ich
lebe. Ich fühle mich jetzt tatsächlich als ein anderer
Mensch, stark und froh.

Namen enthalten, als Delegierte zu der betreffenden Tagung
zu wählen sind. Bei der Wahl entscheidet die einfache
Mehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Als Stellvertreter gilt, wer nach den gewählten
Delegierten die höchste Stimmzahl auf sich vereinigt.

Die Wahlkommission jeder Zahlstelle hat nach
vollzogener Wahl ein Wahlprotokoll auszufertigen und nebst
dem Bevollmächtigten zu unterschreiben. Das Wahlprotokoll
ist bis zum 25. Mai an den Hauptvorstand zu senden.

Die Stimmzettel sind gesondert für beide Tagungen
bis zum Schluß des Gewerkschaftskongresses bzw. des
Verbandstages zwecks Erledigung etwaiger Proteste aufzu-
bewahren.

Arbeitslosigkeit eintr und jetzt.

Eine soziale Studie aus dem Jahre 1893.

Arbeitslosigkeit ist heute wie früher schon ein Gespenst,
das jeder fürchtet, der mit dem Beginn der Arbeitslosigkeit
die Grundlagen seiner und seiner Familie Existenz manken
sieht. Wir haben zwar heute die Arbeitslosenversicherung,
die jedem unter gewissen Bedingungen für eine bestimmte
Zeit eine laufende Unterstützung gewährt; aber diese Unter-
stützung erreicht auch im günstigsten Falle nicht die Lohnhöhe,
und da im allgemeinen schon der Lohn nicht ausreicht,
um die Lebensunterhaltskosten zu bestreiten, bedeutet
Arbeitslosigkeit trotz des Anrechts auf Unterstützung eine
weitere Einschränkung der Lebensweise, die sich mit der
längeren Dauer der Arbeitslosigkeit bis zum Darben und
schließlich nach Fortfall der Unterstützung oder bei sonstigen
noch hinzukommenden Unglücksfällen in der Familie zur
Verelendung steigern kann.

Trotzdem kann man wohl sagen, daß heute Arbeitslosig-
keit — im ganzen betrachtet — nicht mehr ganz so schwarze
Schatten auf das Leben des Arbeitnehmers wirft wie einst.
Die Arbeitslosenunterstützung legt heute doch schon ein
linderndes Pflaster auf die Wunden, die von der privat-
kapitalistischen Wirtschaftsweise geschlagen werden. Gegen-
über den früheren Zuständen ist doch schon ein bedeutender
Fortschritt erzielt worden, der sowohl in materieller wie
moralischer Beziehung dem Arbeitnehmer zugute kommt.
Erinnern wir uns doch, daß in Deutschland eine öffentliche
Arbeitslosenunterstützung erst seit dem November 1918 be-
steht, daß vorher nur die Armenunterstützung in Anspruch
genommen werden konnte, die erstens in den meisten Fällen
versagte und zweitens keinen Rechtsanspruch bot, sondern
eine sogenannte „wohlthätige“ Einrichtung war, die die Wohl-
fahrt der Laune eines dem fatten Bürgerum entstammenden
Armenrats überließ und noch den Nachteil hatte, daß man
mit dem Empfang einer Unterstützung auch sein Wahlrecht
verlor, also mit einem Verbrecher oder Geisteskranken auf
eine Stufe gestellt wurde. Zudem waren die Unterstützungs-
beträge, wenn sie gewährt wurden, nur niedrig, reichen
jedemfalls nicht im entferntesten an die heutigen Unter-
stützungssätze heran, wurden auch gewöhnlich nur einmal
oder nur für kurze Zeit gewährt. Wie es da denjenigen
zumute war, die arbeitslos wurden und keine Ersparnisse
gemacht hatten, kann man sich denken, wenn selbst heute
noch, trotz Gewährung einer gesetzlich zustehenden Unter-
stützung, Arbeitslosigkeit gefürchtet wird.

Zu einem solchen Vergleich kommt man unwillkürlich,
wenn man Gelegenheit hat, in alten Papieren eine Arbeits-
losenstatistik aus früheren Jahrzehnten zu finden. Uns fiel
kürzlich eine solche Statistik aus dem Jahre 1893 in die
Hände; sie war in der Stadt Würzen im Freistaat Sachsen
aufgenommen worden, und zwar zu Anfang Februar des
genannten Jahres, ist also jetzt gerade 35 Jahre alt. Es
herrschte in diesem Jahre ein sehr strenger Winter, und so
ist es erklärlich, daß sich unter den von der Statistik erfaßten
Arbeitslosen in der Mehrzahl Bauhandwerker und „Hand-
arbeiter“ (letztere wahrscheinlich zumest Bauhilfsarbeiter)
befanden. Die anderen Berufsgruppen verschwanden dagegen
in der Statistik. Eine allgemeine Wirtschaftskrise, wie wir
sie heute alle Augenblick verzeichnen können, herrschte also
damals nicht. Und doch zeigen uns die gemachten Angaben,
daß sich unter den Arbeitslosen große Not bemerkbar gemacht
hatte. Vertreten waren alle Altersklassen, vom Jüngling bis
zum Greis, Ledige und Verheiratete, Kinderlose und Familien-
väter, die bis zu zehn Kindern zu versorgen hatten. Die
Dauer der Arbeitslosigkeit betrug zur Zeit der Erhebung
(Anfang Februar 1893) im Durchschnitt zwei bis drei Mo-
nate, bei manchen war schon Krankheit vorhergegangen,

Der Spion.

Eine Geschichte von Ludwig Praxß.

In der Industrie gibt es Dinge, mit denen man um acht
Ecken umspionieren kann. Das Ding kann eben so gut ein
lebendiger Mensch sein. Weil wir uns von der Sache etwas
Nachwirkendes versprechen, darum müssen wir dorthin gehen,
wo ein solches Instrument in Tätigkeit ist. Dabei kommen
wir in ein landschaftlich schönes Tal.

Es gab eine Zeit, als da unten noch kein Metallbronze-
werk das zementierte Erdreich und die alten Bächen, aber doch
schon halb und halb zermorhten Masern erzittern ließen
und noch keine so und soviel Zentner schwere Eisenhämmer,
welche rohes Metall industriell bearbeitbar schlugen.

Da, wo das Tal ein Idyll für Frühlingstagen, für fest-
gewordene reiche Sommerfrüchtler, Herbstspezialgenießer mit
vollem Gedächtnis waren da und Winterportler, die nicht
wählten, in welche Himmelsrichtung eine Lugabvilla im alk-
klassischen Rokokostil am besten paßt.

Diese Zeit ziehen wir ab und sind dort, wo die Bronzehäm-
mer auf und nieder stampfen und die großen elektrisch
betriebenen Zentrifugiermaschinen niederknallen, daß alles wackelt.

In diesem „a Metallhammerwerk regiert ein ebenso
alter Meister. Der Herr Besitzer residiert in der Großstadt.
Der Meister hat im Interesse eines geruhigen Zustandes
während, vor und nach der Arbeit einen Stamm Arbeiter er-
zogen. Dieser polizeiwürdig zufriedene Stamm heißt in der
Gegend einfach die Sippe. Umgegend, das sind zwei, drei
von Landbesitzern bewohnte, lieblich gelegene, kirchengebäude
und begrenzt-pflanzlich beherrschte Ortschaften. Die Leute
sind brav und zufrieden, und fast ohne Fehler und Sünde.
Gute, rechtschaffene Menschen. Und die Sippe gibt einen
Folgen beim Meister, denn sie hat einen Mann, der alles
hat, nicht und nicht, was in des Meisters Umgebung vom
Nachschäfer bis zur Peitsche, vom Tisch bis zum Stahl vor
sich geht. Der Schlußstein kriegt alles raus und regiert
infolge dieser Wissenschaft, mit der er der alten Trudl, die
so schön starben legen kann, einfach ideale Konkurrenz macht.
Dieser ganz durchdringene Spion bringt seiner Schmarotzer-
sippe, die sich um Liebe Best frohden schänden und plagen

maß im Hammerwerk, dieser Sippe bringt er die Nachricht
geflüchelt und gezipfelt: Der Betrieb wird vergrößert, no a
Stück ans Werk angeban, neue Arbeiterwohnungen komma
h: . . . und was es arge is, Arbeiter aus da Großstadt kämen
her . . . zu uns . . .

„Na, wenn das da Schlupfer sagt, nachdem stimm's scho,
das is a Metallwalzer, und der Hammer hat em es Gehör no
net dahingehor.“ meinte ernst und wichtig der alte Schwarz-
schläger.

Der frühere Zairieschläger, dem ein eisenwuchtiger
Hammersehlschlag den Arm fortgeschlagen hat, der heftig das
auch, weil er es vom Gemeindefürsten hat.

Ein gutes halbes Jahr geht rum, da ist das Bauwerk fertig
und die Federhämmer knallen und die Walzwerkmaschinen
klirren und pfeifen.

Dieses Klirren und Pfeifen paßt dem neuen Meister aus
der Stadt nicht. Der unrichtige Mann hat die neue Ab-
teilung zu versehen. Dieser Meister stellt also den Schlupfer-
marl zur Rede, weil das Gehnarr da beim Metallwalzen
eine Schlamperei ist. Der schlichgewandte Spion schiebt die
Schuld auf die Lässigkeit des Schmierhubs. Über der Meister
aus der Stadt macht kurze Sache, nimmt den neuen Schmier-
huben und den Walzer mit ins Kontor und läßt den Ob-
mann vom Betriebsrat mitkommen.

Dort im Kontor sitzt beim Pfeifengnaim der alte Meister
und meint verdußt: „Was, an Betriebsrat hammer laßt a
no?“

Spöttelt der Schleichmar: „Ja, das kann so neuge spihige
Sachen . . . das ham die Großstädter mitbracht . . .“

Der Stadtmesser sagt ganz ruhig: „Der Betriebsrat ist
eine gesetzliche Arbeitervertretung . . . übrigens, Sie, Herr
Mag Schlupfer, nicht der Schmierhub ist schuld dran, wenn
an Ihrer Walze das Metall reißt, sondern die Schnapssflaschel.
Ja aller fröh muß der Bab laufen um Schnaps, und nachher
werden noch so und soviel Maß Bier drauf gesetzt . . . Kann
da was sanberes aus dem Metall werden?“

Jetzt fährt aber der Schlupfermar hehauf: „Spoo? Ihr,
der Betriebsrat . . . Zwanzig Jahr is gungen . . . wissens,
da fragens unsern alten Meister . . .“

Und weil er halt, wer weiß warum, den Schlucken kriegt,
der Mag, drum schweigt er und der alte Meister sagt: „Na,
hörts auf mit dem Gestreit . . . ich wäre scho draufkommen,
wer da Recht hat . . .“

Am selben Abend haben die zwei Meister, der alte und
der neue, eine lange Geschäftsbesprechung. Und der nächste
Morgen sieht die ganze Sippe mit länglichen Gesichtern. Der
Spion hat der Blase die unheimliche Nachricht gebracht, der
alte, liebe, gute Meister sei von dem neuen Meister, von dem
verdammten . . . den Verbandsheher solange bearbeitet worden
mit Worten und Zahlen, mit Beweisen, bis der gute Alte
weich war wie dreimal geglähtes und fünfmal gewalztes
Metall, und zugestanden hat.

„Was denn, was denn?“, brüllt die ganze Antiverbands-
blase, während es drüben in Michelberg fünf Uhr am Morgen
läutet und läutet, so daß die Leute die Hände kreuzen und der
Spion warten muß, um dann zu sagen: „Also, der Alte hat
g'sagt, und ich höre durch die Dreiterwand beim alten Kontor
jedes Wort durchs Bohloch. . . also, der Alte hat gesagt . . .
die Leute vom Verband sind tüchtige Kerle und es wäre ihm
lieb, wenn er lauter solche vom Verband im Werk haben
könnt . . .“

Vor lauter Schrecken ist die ganze Sippe fischhaft stumm.
Bis der Fertigschläger sagt: „Na, nachdem müssen mer halt
alle zum Verband . . .“

„I wür die G'schicht scho regeln . . .“ sagt wichtigtuend der
Schlupfermar und schleicht weg, dorthin, wo er immer schleicht,
wenn er was hören will.

Aber diese Stunde ist ihm zuwider. Er ist unsicher. Wie
schon die vermaledeite Stiege knarrt. hm, wenn ihn jemand
hört! . . . Ah wo, spricht die abgefeimte gewissenlose Seite
des Spions. Was man Jahr und Tag getrieben, warum soll
es heute nimmer geben?

Der Spion nimmt all die heimlich wirkende geistige
Schufferei zusammen und denkt sich . . . habaha . . . einem
Schlaucherl gelingt alles und was ist daran, wenn die andern
sagen, das und das und so und so ist Schurkerei . . .

Also, kasper und wagemutig schlüft der Mag die Treppen
hoch, kommt an die bewußte Tür und horcht. Und was er
hört, läßt ihn knurren, wie einen räubigen alten Köter. . .
Der Herr Kollege aus der Großstadt . . . nein, zwei sind's . . .

während die übrigen in der Regel „Frost“ oder „Arbeitsmangel“ als Grund der Arbeitslosigkeit angegeben hatten.

Wovon lebten nun diese Arbeitslosen damals? Eine öffentliche Arbeitslosenunterstützung gab es ja noch nicht, und auch nur ganz wenige Gewerkschaften hatten zu der Zeit die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, und dann stand ja auch die Gewerkschaftsbewegung erst am Anfang, die meisten gehörten ja noch keiner Gewerkschaft an.

Nun wurde weiter gefragt, ob Frau oder Kinder etwas verdienen. Soweit diese Frage mit Ja beantwortet wurde, war es auch damit nicht weit her.

Das Rätsel, wovon die Leute lebten, wird erst am Schluß des Fragebogens gelöst, wo es fast in allen Fällen übereinstimmend heißt: „Lebt vom Sorgen.“

Die statistischen Angaben sagen uns also, daß auch auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeitslosen erhebliche Fortschritte erzielt wurden, erzielt in der Hauptsache durch die Gewerkschaften, von denen gedankenlose Schwäger, Nichtswisser und Demagogen heute behaupten, daß sie noch nichts Ersprießliches für die Arbeiterchaft getan hätten.

Was noch zu bemängeln ist, kann noch verbessert werden. Gelingen aber wird auch das nur, wenn sich die Arbeitnehmer so geschlossen wie möglich in den Gewerkschaften zusammenschließen.

also die zwei Kerle sind wieder drinnen und machen sich maufig.

Wirklich, der Obmann vom Betriebsrat und der neue Meister besprechen mit dem alten Werkführer die Auswirkungen des neuen Lohnstarifes.

„Ja, sollen denn die alten Leute, die immer a so zufrieden waren, der Schlupfermag und die andere Sippschaft, auch den erhöhten Lohnstarif, also die Zulage, kriegen?“ fragte der alte Werkmeister.

„Freilich, freilich, was mir machen, dös gilt für alle...“

„Grada stellt der neue Meister mit spitzbübischer Miene an den alten Herrn die Frage: „Sagens amal, geht die Tür da hinauswärts?“

„Jamohl, warum?“ meint der Alte und nimmt seinen Kloben aus den Zähnen.

„Wird ein alter Besen oder sonst was draussen runter geflogen sein...“

Der Alte hocht drinnen, dampft, schüttelt immerzu den Kopf. Wer weiß, warum.

Am anderen Morgen kommt sie, die Frau Schlupfer, in den Betrieb, und weil der Alte noch schläft, darum geht sie zum jungen Meister und sagt: „Mei Mann, der Max Schlupfer, ko heut net kämen, er hat a aufgehaute Nasen und a geschwollenes Gesicht und vassachte Haren, sagt der Dokter...“

Der neue Meister sagt mit ernster Miene und mitleidiger Geberde und mit einem spitzigen Ton in der Stimme: „Is scho recht...“

Die Zwiespältigkeit der Rationalisierung.

Einer der charakteristischsten Züge der kapitalistischen Wirtschaft ist der in ihr waltende Rationalismus. Der Rationalismus ist eine geistige Haltung, in der die Vernunft als der oberste Richter über alles Urteilen und Handeln gesetzt ist.

Wenn sich diese Geisteshaltung der Wirtschaft speziell zuwendet und ihre Grundsätze in sie hineinträgt, sprechen wir von Rationalisierung. Ihr Ziel ist höchstmögliche Rationalität der Wirtschaft.

Erster Lenz.

Adonis blüht gelb — wie Zitronenglanz.
Und um die Adonis der kleine Lenz:
Schneeglöckchen tanzt, zierlich und fein —
Im Winde schaukeln die Glöcklein.

Die Haselstaude hängt voll Gold:
Stäubendes, reiches Rähchengold.
Und ein Finkenpaar — husch-husch, husch-husch:
Das jagt schon in Liebe von Busch zu Busch.

Hörst du die Kinder — den Ringelreih'n?
Willst du ein Kind bei den Kindern sein?
Du darfst das sein, so mache dich frei:
Lanze und finge — tarandibei!

Max Dortu.

Kapitals, innerhalb des Betriebes und der Unternehmung. Maßnahmen der Rationalisierung können so allgemeiner Art sein, daß alle Betriebe von ihnen Vorteil haben.

Aber gerade das Fehlen des volkswirtschaftlichen Gesichtspunktes macht eine der Schranken deutlich, die schon dem Programm der Rationalisierung im Zeitalter des Kapitalismus entgegenstehen.

Der alleinige Antrieb in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ist eben der Profit. Für den Kapitalisten ist nicht das Entscheidende die höchstmögliche Produktivität der Wirtschaft, das Entscheidende ist das lukrative Geschäft, die Rentabilität der Unternehmung.

Die Rationalisierung bedeutet eine Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse, eine Erziehung neuer und eine Verstärkung bestehender Rentabilitäten. Im Streben, die bedrohte Rentabilität zu retten, kommen nun alle Methoden zur Anwendung, die die Rentabilität steigern oder erhalten.

Wird ein alter Besen oder sonst was draussen runter geflogen sein... lacht der vom Betriebsrat, und sie gehen lachend alle zwei die Stiegen runter.

In diesem zwiespältigen Charakter der kapitalistischen Rationalisierung liegt auch die tiefere Begründung des ausschließlich privatwirtschaftlichen Gesichtspunktes im Programm der Rationalisierung.

Wir versuchen, die Rationalisierung in ihrer reinsten, vom Kapitalismus unberührtesten Gestalt zu erfassen, als Idee, als Verwirklichung und Wachstumsprozeß der wissenschaftlichen und technischen Vernunft.

Dann die Rationalisierung als das wissenschaftlich-technische Programm des kapitalistischen Heute. Zu ihm wird die Arbeiterchaft in praktisch-fachlicher Arbeit und Diskussion Stellung nehmen müssen.

Endlich sehen wir den grundsätzlichen und widerspruchsvollen Charakter der Rationalisierung als Bewegung, die kapitalistische Rationalisierung. Sie ist eine politische und wirtschaftliche Tatsache, der gegenüber eine politische und gewerkschaftliche Stellungnahme gefordert ist.

Endlich sehen wir den grundsätzlichen und widerspruchsvollen Charakter der Rationalisierung als Bewegung, die kapitalistische Rationalisierung. Sie ist eine politische und wirtschaftliche Tatsache, der gegenüber eine politische und gewerkschaftliche Stellungnahme gefordert ist.

Hat Deutschland die höchsten Löhne in Europa?

Schlägt man heute eine Zeitschrift auf, so findet man einen Niederschlag der heftigen sozialen Kämpfe, die gegenwärtig in Deutschland ausgefochten werden.

Stadt	Einheitslohn in Dollar vom 1. Okt. 1927	Einheitslohn in Reichsmark vom 1. Okt. 1927	Verhältnis
Riga	1,23	52	55
Lodz	1,31	42	44
Prag	1,34	49	52
Warschau	1,35	40	41
Amsterdam	1,48	83	83
Lissabon	1,64	29	—
Rom	1,65	49	51
Brüssel	1,69	48	52
London	1,69	100	100
Dublin	1,72	101	110
Wien	1,73	43	48
Berlin	1,77	65	61
Osaka	1,88	162	160
Stockholm	1,93	84	82
Madrid	1,99	54	—
Kopenhagen	2,00	103	103
Philadelphia	2,17	189	189

Wie man angesichts dessen die Behauptung aufstellen kann, daß Deutschland die höchsten Löhne Europas habe, ist uns unerklärlich.

Gleichermaßen zu Ungunsten des Reallohnes festzustellen. Es ist noch zu betonen, daß den Berechnungen des Internationalen Arbeitssamts ein Zweifel wohl kaum entgegengebracht werden dürfte. Die Behauptung des „Deutschen Volkswirts“ konnte nicht unüberwunden bleiben. Ehe Deutschland die höchsten Löhne Europas hat, wird noch eine geraume Zeit vergehen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Orts- oder Betriebskrankenkassen.

Die Unternehmer sind zum Teil sehr rührig, um die Krankenversicherungspflichtigen Beschäftigten zu überzeugen, daß die Errichtung von Betriebskrankenkassen große Vorteile bringt. Dabei werden die „hohen Leistungen“ der Betriebskrankenkassen in den Vordergrund gestellt. Immer wieder müssen die Ortskrankenkassen feststellen, daß die Betriebe, für die eine Betriebskrankenkasse besteht, vor Einstellung von Arbeitern diese untersuchen lassen, um zu verhindern, daß die Betriebskrankenkasse durch kranke Arbeiter belastet wird. Durch diese Sicherheiten, die sich die Arbeitgeber schaffen, bleiben die Kranken, Invaliden und anderen Gebrechlichen der Versicherung bei der Ortskrankenkasse überlassen. Der Risikoausschlag wird durch Gründung von Betriebskrankenkassen verhindert.

Wie's gemacht wird, lehrt eine Streitsache, die sich vor dem Arbeitsgericht in Hagen abgepielt hat. Der Vertreter des Unternehmens führte in der Verhandlung vor dem Arbeitsrichter aus:

Wenn der Arbeiter bei der Ortskrankenkasse anstatt bei der Betriebskrankenkasse des Werkes gegen Krankheit versichert worden ist, so lag der Grund darin, daß die Betriebskrankenkasse, die die häufigeren Unfälle, wie sie bei Bauarbeiten vorkommen, befürchtete, absichtlich den Arbeiter nicht bei sich versicherte, sondern ihn der Ortskrankenkasse überwies.

Auch hier zeigt sich wieder, wie Betriebskrankenkassen bemüht sind, ungünstige Risiken von sich zu halten und deren Versorgung den Ortskrankenkassen zu überlassen. Nur die Vereinfachung der Versicherungsträger wird solche Mißstände ändern. Der Vorgang vor dem Arbeitsgericht gibt aber weiter Zeugnis, daß die angeblich „hohen Leistungen“ der Betriebskrankenkassen gegenüber den Leistungen der Ortskrankenkassen nur deshalb errechnet werden, weil die Ortskrankenkassen alle Beschäftigten als Mitglieder aufnehmen müssen, ohne Rücksicht darauf, ob sie krank oder gebrechlich sind.

Der Bezug von Krankengeld und seine Voraussetzungen.

Die Beiträge der Versicherten an die Krankenkassen bilden einen Teil des Lohnes; dieser Teil soll aber so bemessen werden, daß er ausreicht, dem Arbeiter, der infolge Krankheit unfähig wird, zu arbeiten und zu verdienen, einen teilweisen Ersatz des entgangenen Verdienstes sicherzustellen. Früher, im Zeitalter der freien Hilfskassen, nahmen es die Arbeiter freiwillig auf sich, durch Wochenbeiträge in bestimmter Höhe sich gegen die Gefahr des Lohnausfalles bei Krankheit und die Heilkosten zu decken. Durch Einführung der Pflicht- bzw. Zwangsversicherung wurde jeder Arbeiter gezwungen, einer Krankenkasse als Mitglied beizutreten und Beiträge zu entrichten, um dafür einen Rechtsanspruch auf Krankenhilfe zu erlangen. Das Krankengeld wird nur dann gewährt, wenn der Versicherte bestimmte Voraussetzungen erfüllt. In erster Linie ist die Zahlung des Krankengeldes davon abhängig, daß die Krankheit durch Arbeitsunfähigkeit bedingt ist. Dabei ist der Rechtsbegriff der Krankheit nicht identisch mit den medizinischen. Als Krankheit gilt jeder anormale körperliche oder geistige Zustand, der Heilbehandlung erfordert oder zugleich auch oder ausschließlich Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat. Die Krankenkassen gewähren im allgemeinen nur auf die Verschlimmerung eines Krankheitszustandes, das Arbeitsunfähigkeit vorliegt, Krankengeld. Bei der ärztlichen Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit kommt es nicht auf die subjektive Meinung des Erkrankten an, sondern auf den objektiven Befund. Es liegt z. B. Arbeitsunfähigkeit vor, wenn der Erkrankte seine Arbeit, wegen der er versichert ist, nicht zu verrichten vermag; es ist ohne Einfluß, ob er zur Ausübung einer anderen, seinem Beruf zugehörigen Arbeit fähig ist, auch wenn ihm eine solche zugemutet werden kann. Arbeitsunfähigkeit liegt auch vor, wenn der Versicherte nur auf die Gefahr hin, sein Leiden zu verschlimmern, in seinem bisherigen Berufe fortarbeiten könnte — allerdings nur sofern die Verschlimmerung in absehbarer Zeit zu gewärtigen und nicht ganz unerheblich ist; hat der Versicherte aber tatsächlich eine andere Arbeit aufgesucht und geleistet, so kommt es für die Begründung von Ansprüchen darauf an, ob diese Arbeit wirtschaftliche Bedeutung hat und eine ernstliche Arbeitsbeschäftigung darstellt. Bei einem ungelernen Arbeiter kann Arbeitsunfähigkeit angenommen werden, wenn er nicht oder doch nur mit Gefahr, seinen Zustand zu verschlimmern, seiner bisher ausgeübten Erwerbstätigkeit nachgehen kann, sofern er diese seit längerer Zeit ausgeübt hat und sie ihm infolge der darin erworbenen Erfahrung, Gewandtheit und Anpassung an ihre besonderen Verhältnisse gewissermaßen zum Berufe geworden ist.

F. R. M.

Deutscher Bergwerkszeitung und Sozialversicherung.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wird unter der Überschrift „Rechtsprechung“ aus den Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik folgende Zusammenfassung gemacht:

1. Wenn ein junger Mensch mit 14 Jahren zu arbeiten anfängt und jeder Jahrling 10 RM verdient, die mit 8 Prozent verzinst werden, so hat er im 21. Lebensjahre 200 RM.
2. Wenn er dann ein Mädchen heiratet, das gerade so verdient, so hat er dann 1500 RM.
3. Wenn er dann ein Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
4. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
5. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
6. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
7. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
8. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
9. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.
10. Wenn er dann ein weiteres Kind bekommt, so hat er dann 1000 RM.

erhält planmäßig vom 65. Lebensjahre an eine Rente von 888 RM jährlich.

Hätte er dagegen den Wochenbeitrag einer Sparkasse übergeben, die die Kapitalien mit dem bei der Damensanleihe sich ergebenden Zinssatz von 8 1/2 Prozent verzinst und jährlich die Zinsen ausschüttet, so würde er nach 50 Jahren erspart haben:

a) ein Kapital von $52 \times 50 = 2600$ RM
 $2600 \times 1,085^{50} = 18520$ RM

b) eine ewige Rente von $0,085 \times 18520 = 1575$ RM
 Die ewige Rente beträgt also etwa das 2 1/2fache der gesetzlichen Rente, ganz abgesehen davon, daß das Kapital etwaigen Erben ungeschmälert hinterlassen werden könnte.

Bei Angestellten sei ein durchschnittlicher Monatsbeitrag von 8 RM für die Zeit vom 20. bis 65. Lebensjahre angenommen. Dann ergibt sich nach 40 Jahren:

a) ein Kapital von $12 \times 8,00 \times 1,0425^{40} = 45080$ RM
 $45080 \times 0,085 = 3830$ RM

b) eine ewige Rente von $0,085 \times 45080 = 3830$ RM
 Die gesetzliche Rente beträgt demgegenüber 1776 RM. Das ist nicht einmal die Hälfte der ewigen Rente.

Wohin verschwindet nun die ungeheure Differenz? In dem Räderwerk einer unrationell arbeitenden schwerfälligen Bürokratie. Wegen einer solchen Verschwendung nationalen Vermögens soll man sich nicht wehren?

Diese Rechnung ist so grundgescheit, daß sie fast von einem Professor der Nationalökonomie herrühren könnte. Es scheint danach so, als ob dem Verfasser zu 1 ein Betrieb bekannt ist, in dem bereits 14jährige Arbeiter nach Abzug des notwendigen Lebensunterhaltes, der eine Summe von zirka 20 RM wöchentlich erfordern sollte, mindestens noch weitere 20 RM, zusammen also 40 RM wöchentlich verdienen, damit sie 10 RM ersparen können. Diese Betriebe und erst solche, die 14jährigen Mädchen den gleichen Lohn zahlen, der so enorme Ersparnisse ermöglicht, dürften sich kaum auf dem Monde befinden. Vielleicht nehmen sich aber die Arbeitgeber der Textil- und der Tabakindustrie daran ein Vorbild und lassen sich überzeugen, was ein Arbeiter nach Ansicht der „Bergwerkszeitung“ bereits mit 14 Jahren verdienen dürfte.

Für die Ersparnismöglichkeit sind aber auch die Sparkassen, Banken oder auch sonstige Betriebe, die seit Jahren sicher und garantiert für immer Zinssätze von 8 1/2 Prozent an ihre Einleger zahlen, noch auszuweisen. Alle Sparer, die von den öffentlichen Kassen heute mit 5 bis 6 Prozent abgepeist werden, den gleich hohen Betrag aber in den Kassen verschwinden sehen — der Geldsuchende muß 10—12 Prozent Zinsen zahlen — werden für den Nachweis, wo regelmäßig 8 1/2 Prozent Zinsen für Einlagen gezahlt werden, sehr dankbar sein.

Der Verfasser braucht für seinen Leserkreis offenbar auch nicht zu wissen, daß die Sozialversicherung, insbesondere die Invalidenversicherung, nach dem Verlust des gesamten Vermögens, das die Sachverwalter sich erhalten konnten, zur Deckung der alten und neuen, durch den Krieg sehr vermehrten Renten heute wesentlich höhere Beiträge erheben muß als sonst nötig wäre. (Robert Feite im Heft 2 des „Gewerkschafts-Archivs“)

Wie ermäßige ich meine Lohnsteuer?

Wenn ich zu diesem Thema etwas schreiben darf, dann deshalb, weil ich mir bewußt bin, daß darüber noch ein großer Teil der Arbeiterschaft im unklaren ist. Verfolgen wir unsere Zeitung in den letzten Wochen, so werden wir des öfteren über Rückstellungen von Lohnsteuern gelesen haben, aber es wird nach meiner Auffassung zu wenig darüber geschrieben, wie der einzelne seine Lohnsteuer ermäßigt bekommen kann. Wie ja allgemein bekannt sein dürfte, setzt sich das nicht versteuerebare Einkommen aus steuerfreiem Lohnbetrag, den Werbungskosten, den Sonderleistungen und den Familienvermehrungen zusammen. Mich veranlassen zu diesen Zeilen die Werbungskosten und Sonderleistungen, wofür zusammen wöchentlich nur 9,60 RM in Ansatz gebracht sind, welches meiner Meinung bei einem großen Teil der Kollegen viel zu gering ist. Ich denke dabei vor allen Dingen an die Kollegen, die zur Erreichung ihrer Arbeitsstätte sich eines Verkehrsmittels bedienen müssen. Ich weise dann ferner auf die Erhöhung der Sozialbeiträge hin, die ja wohl bei einem großen Teil schon allein 5 RM und noch darüber hinaus betragen. Es fallen ferner unter Werbungskosten, Berufskleidung (Arbeitsanzüge) und Werkzeuge, unter Sonderleistungen Verbandsbeiträge, Lebensversicherungsprämien, Versicherungsbeiträge für Familienmitglieder und Kirchensteuer. Ich möchte es ferner nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß alle die, die durch die schlechten Wohnungsverhältnisse gezwungen sind, einen doppelten Haushalt zu führen, Anträge auf Ermäßigung stellen müssen. Diese Anträge müssen am Anfang oder im Laufe des Steuerjahres gestellt werden, weil dafür keine Rückstellung stattfindet. Indem ich dieses schreibe, möchte ich damit die Anregung geben, daß noch mehr über dieses Thema, welches ja bei weitem nicht erschöpft ist, geschrieben wird, und möchte vor allen Dingen den Betriebsräten sagen, daß sie in den Versammlungen darauf hinweisen, denn die Lohnsteuer ist wohl eine der Steuern, die am ungerechtesten wirkt. Ich hoffe nun mit diesen Zeilen das bewirkt zu haben, daß ein Teil der Kollegen von dem folgenden Gebrauch macht und dadurch die erparierte Steuer zum Nutzen der Familie oder der Gemeinschaft verwenden kann.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Franzosen in der Fabrikarbeiter-Internationale.

Im „Proletarier“ Nr. 5 vom 4. Februar 1928 wurde auf Seite 28 der Anschlag des französischen Chemiarbeiter-Verbandes mitgeteilt. Dazu schreibt jetzt der Sekretär dieser Organisation:

Nach Verhandlungen, die während einiger Monate zwischen der Fabrikarbeiter-Internationale und dem Sekretär des französischen Verbandes stattfanden, beschloß die Verwaltungskommission unseres Verbandes, ein nationales Komitee zu konstituieren, um über die Frage des Anschlusses zu beraten. Das Komitee trat in Paris im Gebäude des französischen Gewerkschaftsbundes, zusammen.

Die Sitzung erklärte sich einstimmig für den Anschluß. Es wurden dann noch Maßnahmen erwogen, um die Propaganda intensiver zu gestalten. Die Vertreter der Internationale sagten im Namen ihrer Organisationen ihre Unterstützung zu. Es sei uns gefallt, diesen Kameraden an dieser Stelle unseren Dank auszusprechen; wir sind davon überzeugt, daß diese Versprechen auch eingelöst werden.

Wir möchten nunmehr unseren ausländischen Kameraden, die über die Schwierigkeiten, die sich unserer Propaganda entgegenstellen, erkannt sein dürfen, kurz die Hauptursachen dieser Hindernisse darlegen.

Zunächst muß auf die ungewollten Folgen der Spaltung innerhalb unserer Organisation hingewiesen werden, die ohne unseren Gegnern von besonderem Nutzen zu sein, die Arbeiter, nachdem sie eingesehen haben, daß sie nur für einen Kampf mitbräutet wurden, doch gebracht hat, daß sie von der Organisation überhaupt nichts wissen wollen.

Die Wichtigkeit dieser Auffassung werden die folgenden Zahlen bezeugen. Vor der Spaltung verfügte unsere Gewerkschaft für das

Pariser Departement über ca. 10 000 Mitglieder; heute beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter in dieser Region nicht ganz 5000. Dazu kommt, daß die Möglichkeiten einer erneuten Werbearbeit um so geringer sind, als die Gegner durch ihre systematische Sabotage aus der Abhaltung von Versammlungen fast unmöglich machen.

Ein weiterer Faktor, mit dem wir zu rechnen haben, ist die unstabile Beschäftigung in unserer Industrie. Von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, sind die meisten der in der chemischen Industrie Beschäftigten ungelernete Arbeiter, deren Arbeit in den meisten Fällen keinerlei fachliche Ausbildung erfordert; sie sind oft nur kurze Zeit in den Betrieben beschäftigt, was die Schwierigkeiten der Werbearbeit naturgemäß sehr erschwert. Dazu kommt schließlich der Umstand, daß in unserer Industrie viele ausländische Arbeiter beschäftigt sind, die für unsere Propaganda infolge fast unüberwindlicher materieller Schwierigkeiten ungemein schwer erreichbar sind.

Es tut uns leid, den angeschlossenen Zentralen ein so ungünstiges Bild unserer eigenen Organisation geben zu müssen; wir hoffen es aber für unsere Pflicht, in dem Augenblick, wo wir zu unserer Freude an der Seite unserer Schwesterorganisationen in der Fabrikarbeiter-Internationale unseren Platz einnehmen, unsere Lage darzulegen. Sie dürfen jedoch überzeugt sein, daß wir uns nicht darauf beschränken werden, diesen Platz einzunehmen, sondern, daß wir mit Hilfe unseres Gewerkschaftsbundes und der Organisation des Pariser Departements, und gestützt durch die Tatsache unserer Zugehörigkeit zur Fabrikarbeiter-Internationale, mit verdoppelter Kraft an die Propagandarbeit gehen werden, damit wir in absehbarer Zeit innerhalb der Internationale eine Organisation repräsentieren können, die die große Mehrheit ihrer Berufsangehörigen umfaßt.

van den Bossche,
 Sekretär der Föderation der Chemischen Arbeiter Frankreichs.

Die Vertretung der Eingeborenen auf der Internationalen Arbeiterskonferenz.

Zur Zeit der Stabsberatungen für das Jahr 1928 haben verschiedene Abgeordnete, insbesondere Mr. Tolens darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Eingeborenen von Niederländisch-Indien an den Arbeiterskonferenzen des Völkerbundes zu beteiligen. Mr. Tolens wies insbesondere auf die Internationale Arbeiterskonferenz hin und gab der Meinung Ausdruck, daß eine solche Vertretung dazu beitragen würde, das Vertrauen der Eingeborenen von Niederländisch-Indien zu den Niederlanden zu verstärken. Ein sozialistischer Abgeordneter schlug vor, jedesmal, wenn Arbeitsfragen zur Beratung stehen, Vertreter der eingeborenen Arbeiter in die niederländische Delegation aufzunehmen. Die zuständigen Minister erklärten, daß sie gegen diesen Gedanken nichts einzuwenden haben und ihn gern in Erwägung ziehen.

Verbandsnachrichten.

Die in Nr. 4 des „Proletarier“ ausgeschriebene Stelle eines Sekretärs für unsere Rechtschutzabteilung ist besetzt. Gemählt wurde der Kollege Milewiczek (Lauenburg). Allen Bewerbern besten Dank!

Ausgeschlossen
 wurde auf Grund des Verbandsstatutes, § 14 Abs. 3a und 3d, das Mitglied der Zahlstelle Weimar: Kurt Ludwig, Buch Nr. 8 II 437 295.

Die Zahlstelle Worms und Umgebung

sucht zum 1. April 1928 einen tüchtigen Geschäftsführer.

Bewerber haben eine handschriftliche Abhandlung einzureichen:

1. über ihren Lebenslauf;
2. über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung;
3. über den organisatorischen Aufbau einer Zahlstelle und über die Führung der Kassengeschäfte einer solchen Zahlstelle.

Bedingung ist eine mindestens zehnjährige Mitgliedschaft in einer freien Gewerkschaft, rednerische und agitatorische Fähigkeit. Die Neubesehung macht sich erforderlich infolge anderweitiger Verwendung des Kollegen Fuchs. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen der Verbandsstatuts.

Bewerbungen sind bis spätestens 28. März 1928 einzusenden an Wilhelm Amadori, Worms a. Rh., Paulusstraße 11. [9.—RM.]

Für unsere Zahlstelle Annaberg (Erzgebirge)

suchen wir zum baldigen Antritt einen tüchtigen Geschäftsführer.

Bewerber haben folgende selbstgeschriebenen Arbeiten einzureichen:

1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung.
2. Wie ist die Geschäftsführung einer Zahlstelle einschl. der Kassengeschäfte am zweckmäßigsten zu gestalten?
3. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?

Bedingung ist 10jährige Mitgliedschaft im Verband, rednerische Befähigung sowie gute Kenntnisse des Arbeiterrechts und der sozialen Gesetzgebung.

Bewerbungsschreiben sind bis spätestens 25. März 1928 mit der Aufschrift „Werbung“ an Albert Hüppner, Dresden-U. 1., Riesenbergstraße 6, III., Gabelung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, einzureichen. [9,50 M.]

Literarisches.

„Frontsoldaten“. Ein Kriegsbildroman von Richard Hoffmann. Preis geb. 4 RM., brosch. 2,80 RM. Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf. — Eine Schilderung des Krieges, wie ihn jeder Frontsoldat erlebt hat. Wer den Krieg schildert, wie er war, nichts dazu tut und nichts verschweigt, der schreibt ganz von selbst ein Buch, das von heftiger Kampfanlage dem Krieger gegenüber durchloht ist. Im „Frontsoldaten“ wird jeder Kriegskamerad sich selbst lesen. Wie er ausgebildet, wie er an die Front fuhr, durch die Bewegungsschlachten des Offens und in das Materialmorden des Westens getrieben wurde. Er findet den Offizier, der mit seinen Lufen denkt und schießt. Aber auch den ehrgeizigen, brutalen, rücksichtslosen und feigen Menschenhinderer. Die Schilderungen der Schicksale um Verdun und am Chemin de Dames sind unheimlich packend und ergreifend. Und wenn auch evgere Söhne fragen: Vater wie war der Krieg? Dann gibt ihnen den Roman „Frontsoldaten“.

„Die Leuchtrakete“. Humoristisch-satirische Monatschrift mit der Beilage „Licht über's Land“. Verlag Anton Jenisch, Wien IV, Mittersteig 3a. Die Einzelnummer kostet 20 Pf., ein Jahresabonnement 2,40 RM. Wer köstliche Stunden genießen will, der abonniere diese Zeitschrift. Wiener Humor bringt ihm befreiende Lachen in trüben Stunden. Und was wertvoll ist: auch politische und auf verschiedenen Gebieten historische Kenntnis vermittelt ihm die „Leuchtrakete“.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Verfälschung der deutschen und italienischen Aluminiumindustrie.

Die deutsche Aluminiumwirtschaft beabsichtigt mit der Studiengesellschaft des italienischen Aluminiumkonzerns Montecatini eine Aluminiumhütte in Italien zu errichten. Zu diesem Zweck wird das Aktienkapital der italienischen Gesellschaft, das bisher eine Million Lire betrug, auf 80 Millionen erhöht. Die Vereinigten Aluminiumwerke Deutschlands werden einen Teil der Aktien übernehmen. Sie bringen in das Unternehmen das Hagelund-Verfahren ein, dessen Patentinhaber die Vereinigten Aluminiumwerke sind. Nach diesem Verfahren kann aus Tonerde Aluminium hergestellt werden, so daß der teure Rohstoff Kaustik nicht mehr in Frage zu kommen braucht. Das Verfahren ist im Lautwerk in der Lausitz ausgearbeitet worden.

Das Hagelund-Verfahren darf vielleicht als das Verfahren der nächsten Zukunft zur Gewinnung von Aluminium angesehen werden. Andernfalls wäre es unverständlich, daß die deutschen Vereinigten Aluminiumwerke dieses Verfahren als Aktiopoßten in die neue Gesellschaft einbringen konnten, da Italien im Besitz größerer Kaustikvorkommen ist und die Rohstoffbasis des neuen Aluminiumbetriebes auch ohne das Hagelund-Verfahren gesichert ist.

In die neue Gesellschaft treten als deutsche Delegierte Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke H. C. Lautawerk (Lausitz) Dr. v. d. Vorken und Direktor Rauch vom Direktorium der Vereinigten Aluminiumwerke ein. Durch diese Neugründung wird nicht nur eine enge Verbindung zwischen der deutschen und italienischen Aluminiumindustrie hergestellt, sondern auch die Macht des europäischen Aluminiumsyndikats verstärkt. So sehen wir den Internationalismus der Industrie wachsen, während die Vertreter dieser Industrie die internationalen Bestrebungen der freien Gewerkschaften als Krebsgeschwür an der deutschen Wirtschaft hinzustellen versuchen.

Papier-Industrie

Nosleidende.

Eine Lohnbewegungswelle durchzieht in diesen Monaten die deutsche Wirtschaft. Streik und Ausperrung in der Metallindustrie, Kündigung der Lohnsätze für viele Tausende von Arbeitnehmern in der Papier- und chemischen Industrie sowie in anderen Industriezweigen, so melden täglich die Tageszeitungen. Grund zu diesen Tarifkündigungen sind die seit den letzten Tarifabschlüssen eingetretenen und noch zu erwartenden Steigerungen der Lebenshaltungskosten. Der von den Wirtschaftskapitänen beherrschten Reichsregierung ist nicht nur die Preisstabilisierung — von Preisabbau wollen wir lieber schweigen — vorbeigelungen, sondern Zoll erhöhungen und andere „Endergänzungen zugunsten der Wirtschaft“ haben zu weiteren Preissteigerungen geführt. Diese Verluste im Haushaltsbudget des Arbeitnehmers wieder auszugleichen, ist Zweck der Lohnsanktionen. Doch nicht allein! Die Arbeiterschaft will nicht ewig nur Opfer der „Rationalisierung der deutschen Wirtschaft“ sein, sie will auch an ihren wirtschaftlichen Erfolgen teilhaben.

Die deutsche Arbeiterschaft, und nicht zuletzt die Arbeiterschaft der Papierindustrie, hat ein Anrecht, durch erhöhte Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit teilzunehmen an den durch die Rationalisierung erzielten höheren Erträgen der einzelnen Industriezweige und der Gesamtwirtschaft. Verschiedene der „Industrieeliten“ sind zu neuem Leben erwacht und haben die Dividendenzahlungen an ihre Aktionäre wieder aufgenommen. Wir erinnern nur an Cröllwitz, Bause, und andere Aktiengesellschaften der Papiererzeugungsindustrie. Besonders „gesund“ scheinen die Konzerne der Papierindustrie geworden zu sein. Der Verein für Zellstoffindustrie hat dem Hartmann-Konzern Kroschke abgenommen, damit Hartmann die Monopolisierung der Natronzellstoffindustrie ruhiger fortsetzen kann. Waldhof, dessen Direktorium sich sonst recht deutschnational gebärdet, hat internationalen Gelüste bekommen. Die „Papierzeitung“ Nr. 13/1928 weiß zu berichten, daß die Zellstoff-Fabrik Waldhof in Finnland ein großes Waldgebiet von etwa 100 Hektar zum Preise von 7 000 000 Finnmark von der Stadtgemeinde Kerkholm erworben hat, um später eine Sulfitzellstoff-Fabrik zu errichten.

Die Erfolge der Rationalisierung kehren in der Form von Meldungen über Produktionserhöhungen fast in allen Bereichen der Aktiengesellschaften wieder, so daß aus Fachkreisen bereits Warnungen über die „Rationalisierungswut“ der Papiererzeugungs-Industriellen ertönen. Die Feldmühle hatte bereits vor einigen Jahren berichtet, daß es ihr in Odermünde gelungen sei, die Produktion in einem Jahre um 70 Prozent zu steigern. In ihrem Geschäftsbericht für 1927 wird berichtet, daß

Verbesserungen in den Odermünder Kraftanlagen sowie bei den Druckpapiermaschinen Ersparnisse brachten bei der Krafterzeugung und Mehrezeugung der Druckpapierfabrik.

Die Produktionssteigerungen der Feldmühle blieben nicht auf Odermünde beschränkt, denn

infolge durchgreifender Reparaturen war es in der Liebaner Fabrik möglich, die Erzeugungsfähigkeit um ungefähr 40 Prozent zu steigern.

Natürlich wurde auch die neu erworbene Papierfabrik Hohenkrug „rationalisiert“. Der Geschäftsbericht meldet darüber, daß Holländer- und Papierfortieraal dem Betrieb übergeben wurden, ferner, daß

die neue Papiermaschine, die an Leistung das Mehrfache der beiden alten Papiermaschinen vollbringt, in Betrieb kommt. Die Verwaltung erwartet davon eine erhebliche Verbilligung der Erzeugungskosten.

Das betriebswirtschaftliche Gesamtergebnis der Feldmühle im Jahre 1927 kommt in ihrem Geschäftsbericht folgendermaßen zum Ausdruck:

Während des verflossenen Jahres haben wir weiter an der Verbesserung unserer Anlagen gearbeitet und es dadurch erreicht, daß wir — trotz ständig sinkender Preise für unsere Fabrik — höhere Gewinne erzielen können.

Die Feldmühle bestätigt nur die von uns stets vertretene Auffassung, daß alle Rationalisierungsmaßnahmen nur dann einen Sinn haben, wenn sie zur Preisverbilligung — und zur Erhöhung der Löhne sowie zur Verkürzung der Arbeitszeit führen; doch von den beiden letzteren Maßnahmen will weder die Feldmühle noch die übrige deutsche Papierindustrie etwas wissen.

Aus diesem Grunde bemühen sich auch die Handelskammern, nachdem die Lohnsanktionen einmal im Gange sind, die Wirtschaftslage schwarz zu malen. Daß bei dieser Kleckerei die sächsischen Handelskammern mit der Trauerfahne vorangehen, ist bei der geistigen Einstellung der sächsischen Unternehmer nicht verwunderlich. Die „Papierzeitung“ meldet nach den Berichten der sächsischen Handelskammern in ihrer Nr. 16/1928, daß die Besetzung einer Anzahl Papierfabriken noch leidlich zufriedenstellend ist, da sie alle Aufträge ausliefern, jedoch suchen manche Fabriken nach Beschäftigung. Warum soll es der Zellstoffindustrie in Sachsen besser gehen als der Papierfabrikation. Also melden die Handelskammern:

Die unbefriedigte Wirtschaftslage der Zellstoffindustrie hat sich weiter verschlechtert. Der Absatz war zwar noch leidlich, die Preise erreichten jedoch unter dem Einfluß des scharfen Auslandswettbewerbs einen unerträglichen Tiefstand. Dabei sind für die nächste Zeit weitere Steigerungen der Herstellungskosten zu erwarten.

Es macht natürlich weder den sächsischen Handelskammern noch der Papierzeitung etwas aus, daß sie in derselben Num-

Halt acht!



Drehscheiben feststellen!

mer über die Papiererzeugungsindustrie, also über die Arbeitnehmer der Papiererzeugung, berichten, daß eine zufriedenstellende Lage im graphischen Gewerbe vorhanden ist, und daß gewerkschaftsstatistisch feststeht, daß Anfang 1928 im Buchdruckgewerbe 96,4 und im Buchbindergewerbe 93,4 v. H. vollbeschäftigte Arbeiter vorhanden sind. Der Lohnbewegungsblick der sächsischen Handelskammern wird weiter auf das richtige Maß zurückgeführt durch den Lagebericht des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie für den Monat Januar 1928, der als wirklich gut orientiertes Unternehmerorgan melden muß, daß

Die Lage der Papiererzeugenden Industrien sich allgemein gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert hat. Stellenweise konnten Schwankungen in der Nachfrage festgestellt werden, die aber als Saisonercheinungen anzusprechen sind. Die Papierausfuhr nahm im Berichtsmontat weiter ab. Durch teilweise Besserung der Betriebswasserhältnisse trat in einigen Bezirken eine Steigerung der Erzeugung von Holzschliff auf. Die Holzpreise blieben fest.

Natürlich gibt es keine nosleidenderen Volkskeile als die Unternehmer der deutschen Papierindustrie. Das beweist am besten ein an uns geschriebener Brief des ApI vom 29. Februar 1928, in dem dieser Arbeitgeberverband auf unsere Lohnforderungen in der Tapetenindustrie uns u. a. folgendes mitteilt:

Bei der am Schluß der vorigen Woche stattgefundenen Arbeitgeberversammlung wurde die von Ihnen aufgestellte Lohnforderung bekanntgegeben. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß es nicht möglich sein würde, in direkter Verhandlung zum Ziele zu gelangen, da die Bewilligung auch nur eines Bruchteils Ihrer Forderung den Herren unmöglich erschien.

Und das wagt ein Unternehmerverband zu schreiben, dessen Mitglieder und andere ihm nicht angehörige Fabrikanten vor ganz kurzer Zeit die Preise um 15 Prozent erhöhten.

Wer es aber trotzdem noch nicht glaubt, daß die Unternehmer nosleidend sind, den überzeugt eine Gerichtsverhandlung vor dem Dresdener Schöffengericht, in der festgestellt wurde, daß der Generaldirektor Baumann von der Werkaufsvereinigung Deutscher Pappfabrikanten neben seinem Jahresgehalt von 24 000 Reichsmark noch eine Umsatzprämie bis zu 120 000 Reichsmark, also zusammen 144 000 Reichsmark Jahresentschädigung für seine aufreibende Tätigkeit erhielt.

Und wenn diese Tatsache zur Kennzeichnung des nosleidenden Zustandes der Kapitalistenklasse noch nicht genügt, der mag sich an folgender Meldung des Berliner Nachmittags-Blattes vom 28. Februar 1928 ergötzen, wonach in Berlin unter der Führung von dem früheren Küchenchef des Fürsten Bälou, Direktor Karl Leiß, ein „Frei-Klub“ gegründet wurde, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Menschen wieder zu Feinschmeckern zu erziehen. Der Klub will seinen Anhängern ein klassisches deutsches Diner von sieben Gängen als Erfolg seiner kulinarischen Leistungsfähigkeit vorsehen. Daß dieses

„armselige Mittagsmahl“ der Besitzenden noch übertröffen wird durch die luxuriöse Mittagsmahlzeit von Millionen deutscher Arbeitnehmer: Pellkartoffeln mit Sering, daß Hunderttausende von Arbeitslosen den Luxus soweit freiben und nur trockene Kartoffeln essen, und daß Tausende von Arbeitnehmerkindern aus Wollust vor Rohldampf buchstäblich verrecken, das macht den kulinarischen Feinschmeckern und dem Direktor Leiß gar nichts aus. Dafür erhalten diese „Kochtopfhelden“ von ihrem Feinschmeckerklub wenigstens noch Arbeit. Der Klub sendet ihnen einen Fragebogen mit 50 Fragen, der auszufüllen ist. Und nur, wenn die Kunst des Ausfüllens zur Zufriedenheit des Herrn Küchenchefs gelingt, ist würdig, in diesen Feinschmeckerklub gegen Entrichtung eines Eintrittsgeldes von einigen hundert Mark aufgenommen zu werden.

Wer aber auch nach dieser „Hungerkur der Besitzenden“ noch nicht glaubt, daß es einzig und allein den Arbeitnehmern gut geht, der lasse sich von dem Bericht des deutschnationalen Ministers Schiele überzeugen, der in einer der letzten Reichstagskassungen nachwies, daß der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung im letzten Jahre mit 52,42 Kilogramm den Verbrauch der Vorkriegszeit überschritten hat.

Aber alle Ironie beiseite! Solange in Deutschland die besitzende Klasse ein ausgesprochenes Schlemmerleben führt, solange die rationalisierte Ausbeutung der Arbeitnehmer nur zur Dividendenluckerei arbeitsloser „Märe geübt“ wird, solange die arbeitslosen Reichen im Winter in St. Moritz und im Sommer in anderen Badeorten des In- und Auslandes die mit Hilfe der Arbeiterschaft erzielten Gewinne verprassen, solange sollten sich gerade diese Herrschaften nicht entrüsten, wenn die nosleidende Arbeiterklasse ihr elendes Dasein, verursacht durch den Preiswucher der Wirtschaft, durch Lohnforderungen zu verbessern sucht.

Allem Gejammer der deutschen Unternehmer und nicht zuletzt der Unternehmer der Papierindustrie zum Trost, wird die Arbeiterschaft mit Hilfe ihrer Gewerkschaftsorganisationsstellen den Kampf um die Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse weiter führen. Dieser Kampf wird desto erfolgreicher sein, je mehr die unorganisierten Arbeitnehmer zur Erkenntnis kommen, daß nicht Gleichgültigkeit und Schmaroterkum, sondern Solidarität und Klassenkampf die Arbeiterklasse von ihrer Wirtschaftsnote befreit. G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Werkzeitung für die mitteldeutsche Zuckerindustrie.

Der Verein der Deutschen Zuckerindustrie gibt für die mitteldeutschen Zuckerfabriken eine Werkzeitung heraus, die alle Sonnabende erscheinen und an die Arbeiterschaft der Zuckerfabrik gratis abgegeben werden soll.

Die erste Nummer der Werkzeitung stimmt im Leitartikel ein Klageged an über die schlechte Lage der Landwirtschaft. Es wird auf die grüne Woche und auf die Protestversammlungen der Agrarier hingewiesen; man verlangt, daß die Regierung helfen soll. Mit keinem Wort aber wird die erbärmliche Lage der Landarbeiter erwähnt; — oder geht es der Landarbeiterschaft besser als den Großagrarern? Wir glauben an die schlechte Lage der Großagrarier nicht, denn sonst könnte nicht so ein Aufwand getrieben werden wie es in diesen Schichten vorkommt. Diese sogenannten Protestversammlungen finden teilweise einen Abschluß, der nicht gerade von einer Postage der Großagrarier spricht.

Diese Werkzeitung ist nun für die Arbeiter bestimmt. Sollen die Zuckerarbeiter etwa den Großagrarern helfen? Das kann man wohl ernstlich nicht meinen. Der Zweck der Artikel, den Arbeitern zu zeigen, daß an Lohnsteigerungen nicht gedacht werden kann, oder soll er zugunsten der Großagrarier Stimmung für die kommenden Wahlen machen?

Mit derartigen Dingen wird man die Arbeiter in den Zuckerfabriken nicht einfangen. Die Arbeiter sind sich bewußt, daß sie ihre Lage nur verbessern können durch den Verband.

Des Pudels Kern finden wir auf Seite 3. Dort wird auseinandergelegt, welche Vorteile die Werkgemeinschaft der Arbeiterschaft bringt. Der Gedanke der Werkgemeinschaft soll in den Werkzeitungen eine Pflanzstätte finden. Es soll der einzelne Werksangehörige, vom Direktor bis zum jüngsten Lehrling, sich als Mitglied der großen Familie fühlen usw.

Diese vielgepriesene Werksverbundenheit kannte der Arbeiter schon vor dem Kriege und lernt sie auch heute noch kennen.

Wir brauchen ja nur auf die großen Unterschiede im Einkommen der Herren Direktoren bis zum jüngsten Lehrling hinzuweisen, da ist von einer Werksverbundenheit nichts zu merken.

Nach Angabe der Werkzeitung soll jeder Arbeiter das Recht haben, an der Werkzeitung mitzuarbeiten, durch schriftliche Beiträge.

Wie wäre es, wenn die Arbeiter schreiben würden über die traurige Lage, in der sie sich mit ihrer Familie befinden? Oder wollen die Herren behaupten, daß der Arbeiter in der Zuckerindustrie mit einem Stundenlohn von 60 bis 81 Pf. seine notwendigen Lebensbedürfnisse decken kann?

Gibt den Arbeitern einen Lohn, ihr Herren, mit dem sie ihre Familie einigermaßen durchbringen können, dann braucht ihr keine Propaganda für die sogenannte Werksverbundenheit zu machen, und das Geld für die Werkzeitung kann gespart werden.

Der ausgeprägte Familienfinn, den die Werkzeitung propagiert, ist am besten illustriert dadurch, daß Arbeiter, welche jahrelang dem Werke treu gedient haben, eines schönen Tages auf die Straße gesetzt werden; oder daß man Arbeitern, die angeblich nicht mehr vollwertig in ihren Leistungen sind, einen Lohn zahlt, der weit unter dem Tarif liegt. Geben sich die Arbeiter damit nicht zufrieden, dann fliegen sie auf die Straße und das ist die vielgepriesene Werksverbundenheit!

Für die Zuckerarbeiter muß die Parole sein: Alle hinein in den Verband der Fabrikarbeiter, denn nur durch ihn kann die Lage der Zuckerarbeiter gebessert werden.

Versehiedene Industrien

Die deutsche Kunstblumenindustrie auf dem Weltmarkt.

Die Kunstblumenindustrie ist auf Export angewiesen. Ihre Entwicklung zeigt uns, daß das Jahr 1908 den mengenmäßigen Höchststand brachte. Seit 1909 bis zum Jahre 1926 ist eine stetige Abwärtsentwicklung der Gewichtsmenge zu beobachten. Die Wertziffern in Mark hingegen sind mit jedem Jahre gestiegen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Kunstblumenindustrie sich während ihrer Entwicklungsperiode von Quantität und Qualität umgestaltet hat. Mit dem Jahre 1927 kann auch wiederum eine Aufwärtsentwicklung der Mengen neben den Wertziffern gemeldet werden, so daß die Abwärtsentwicklung der Mengen ziffern mit dem Jahre

